

Zweischneidige Sanktionen gegen Russland

„Staaten haben keine Freunde, nur Interessen“

Um dieses Zitat von Charles de Gaulle müssen sich wohl Erörterungen drehen, die sich mit dem Sinn der aktuellen Sanktionen gegen Russland beschäftigen. Die Frage lautet: Kann die Schweiz – oder auch die EU - ein Interesse an den Sanktionen gegen Russland haben?

Dass die Schweiz sich an Sanktionen beteiligen muss, die die UNO ausspricht, ist schon völkerrechtlich klar. Wie steht es aber mit Sanktionen einzelner Länder die ohne UNO Mandat handeln, wie die gegenwärtigen Sanktionen der USA und EU gegen Russland?

Gehen wir mal von den Interessen der Staaten aus: Diese sind je nach dem Selbstverständnis der Staaten unterschiedlich.

Die Schweiz ist ein Staat, der seit Jahrhunderten keine Interessen mehr an territorialer Expansion hat. Wir haben keine eigenen Rohstoffe. Wir leben von Dienstleistungen – vor allem im Bereich Finanzen und Tourismus- sowie von hochtechnologischer Rohstoffverarbeitung vorwiegend aus den Bereichen Pharmazie und Metallbearbeitung. Unser Interesse geht in erster Linie dahin, diese Produkte in möglichst vielen Märkten in so hoher Qualität anzubieten, dass die Nachfrage gesichert bleibt. Konflikte jeder Art sind kontraproduktiv.

Andere Länder haben andere Interessen. So gibt es am andern Ende der Skala Länder, die mit grosser Militärpräsenz auf fremden Territorien ihren Einfluss geltend machen wollen, um dort einerseits an billige Rohstoffe zu kommen und andererseits die Absatzmärkte für ihre nicht sonderlich hochwertigen Massenprodukte zu sichern. Konflikte – vor allem gegen kleinere, schwächere Staaten- sind für solche Länder geradezu unabdingbar: So können sie die andern das Fürchten lehren und allgemeines Wohlverhalten erzwingen.

Dass die Schweiz an sich kein ökonomisches Interesse am Konflikt mit Russland/ Ukraine haben kann, ist offensichtlich. Wir würden unsere Produkte doch gerne in beiden Ländern verkaufen.

Gibt es moralische Gründe, sich auf eine Seite zu schlagen – oder die begründete Furcht von den Unterstützern der ukrainischen Seite in deren Märkten benachteiligt zu werden, falls wir uns nicht auf ihre Seite schlagen?

Zur Klärung dieser Frage sind einige historische und geostrategische Fakten zu beleuchten:

Russische Ängste vor dem „Drang nach Osten“

Russland hat nie in seiner tausendjährigen Geschichte einen Krieg gegen Westeuropa begonnen. Umgekehrt wird Russland jedoch seit vielen Jahrhunderten immer wieder von Westen her überfallen:

- 1245 von deutschen Kreuzrittern
- 1612 durch die katholischen Polen
- 1759 durch die Preussen
- 1812 von Napoleon
- 1914 im 1. Weltkrieg von Deutschland und Österreich-Ungarn
- 1941 durch Nazi-Deutschland

Bei Verfolgung der geschlagenen Angreifer sind die Russen den Feinden jeweils bis nach Westeuropa gefolgt, haben sich aber immer wieder freiwillig zurückgezogen. Nach Napoleon aus Paris 1815, nach Hitler aus Wien um 1955, aus Berlin um 1990.

Diese Kriege haben der russischen Bevölkerung traumatisches Leid zugefügt. Beim letzten Überfall durch deutsche Truppen hatten sie 27 Millionen Todesopfer zu beklagen, die zum Teil auf grausamste Weise ermordet wurden. 3 Millionen Russen wurden in Nazi-Gefangenschaft umgebracht, viele in Konzentrationslagern.

Nach all diesen Erfahrungen hat man in Russland selbstverständlich grösste Angst, wenn sich feindliche Truppen nahe der Landesgrenzen zusammenziehen. Obwohl man Gorbatschow beim Truppenrückzug aus Osteuropa versprochen hat, dass sich die NATO nicht nach Osten erweitere, steht die NATO Übermacht wieder direkt vor den Toren Russlands.

Die NATO ist ein Verteidigungs-Bündnis (gegen wen?) mit einem jährlichen Militärbudget von 1'000 Milliarden USD – Russland hat eines von 50 Milliarden, also ein 20-mal kleineres. Wenn NATO Staaten heute das Militärbudget noch erhöhen wollen wegen der von Russland ausgehenden Gefahr...Ohne Kommentar.

Ein Raketenschutzschild, der angeblich gegen Überfälle von Schurkenstaaten aus dem Nahen Osten gerichtet ist, wurde in durch die Nato in Polen stationiert – und nicht etwa gemeinsam mit den Russen im Kaukasus – wie die Russen es vorgeschlagen hatten. Dass diese Positionierung von den Russen als Ausbau der Erstschlags - Kapazität der NATO zur Verhinderung der russischen Abwehr begriffen wird, dürfte nachvollziehbar sein.

Geostrategische Interessen

Wenn wir die letzten Kriegsschauplätze betrachten, wo US Bomben gefallen sind, so wird klar, dass Menschenrechte und Völkerrecht immer nur dort zum Kriegsgrund herangezogen wurden, wo es um Interessen an fossilen Energieresourcen ging. Ein rohstoffreiches Land, dessen Regierung nicht in Linie mit anglo-amerikanischen Interessen steht, hat die besten Chancen in den Fokus zu geraten.

Die US Hegemonieinteressen werden heute vor allem durch Russland gefährdet. Die

Eurasia-Politik Russlands, die unter anderem auf die Substitution des US Dollars im Rohstoffhandel abzielt –und damit natürlich den weltweiten Dollarbedarf der Nationalbanken auf ein niedrigeres Niveau drückt – widerspricht klarerweise den US Interessen. Auch das lange von Russland verfolgte Ziel des „gemeinsamen Europäischen Hauses“ kann nicht im US Interesse sein. Eine Vereinigung der Industriemacht Westeuropas mit den Rohstoffen Russlands könnte zu einer wirtschaftlichen Dominanz führen, die den USA nicht gefallen kann. Es macht Sinn, einen Keil zwischen Russland und Westeuropa zu schlagen.

Es muss im geopolitischen Interesse der angloamerikanischen Prädominanz sein, Russland wirtschaftlich zu schwächen, da eine direkte militärische Konfrontation mit der Atommacht wohl vorderhand keine Option ist.

Bunte Revolutionen lösen Stellvertreterkriege ab

Interessant ist die historische Entwicklung der Konfliktstrategie zur Interessenwahrnehmung: Noch bis zur Mitte des letzten Jahrhunderts haben die Grossmächte ihre Konflikte in direkter militärischer Konfrontation ausgetragen. Mit Beginn der bipolaren Welt nach Ende des 2. Weltkrieges haben die Sowjetunion und USA mit je ihren Verbündeten, angesichts der Atomwaffen keine direkte militärische mehr gesucht, sondern die Interessen durch Stellvertreterkriege wahrgenommen, wo lokale ideologische Konflikte geschürt und vom Hintergrund her geleitet und unterstützt wurden.

Nach dem Wegfall der ideologisch begründeten Motivation zu militärischen Konflikten sehen wir nun ein neues Phänomen, wie man unliebsame Regierungen destabilisiert, absetzt und durch gefügige Marionetten ersetzt: Die Bunten Revolutionen.

2003: Rosenrevolution in Georgien

2004: Orange Revolution in der Ukraine

2005: Zedernrevolution im Libanon und Tulpenrevolution in Kirgisien

2007: Safranrevolution in Myanmar

2009: Flieder Revolution in Moldavien

2010: Jasminrevolution in Tunesien, Melonen-Revolution in Kirgisien

2011: arabischer Frühling in Aegypten, Algerien, Syrien, Lybien, Bahrein, Jemen, Oman

2013: Euromaidan in der Ukraine

2014: Revolution der Regenschirme in Hongkong

Sie laufen immer nach demselben Schema ab. Teilweise werden sogar identische Flugblätter verwendet.

Aus russischer Sicht ist die Euromaidan Revolution in Kiev von aussen gesteuert worden. Eine der ersten Amtshandlungen der durch den Putsch an die Macht gekommenen Regierung war die Streichung des Russischen als zweite Amtssprache. Jedermann wusste, wohin das in Landesteilen wie Krim, Lugansk und Donezk führen wird, wo über 75% der Bevölkerung Russisch als Muttersprache bezeichnet. Dass sich die Bevölkerung in dieser Situation Russland zuwenden will, muss als Konfliktpotential geplant gewesen sein.

Zweckmässigkeit von Sanktionen gegen Russland

Das Ziel von Sanktionen ist, die Regierung eines fremden Landes zu destabilisieren, allenfalls sogar in der Hoffnung, dass die eigene Bevölkerung die Regierung stürze; mindestens aber die Regierung zu einem gewünschten Verhalten zwingt.

In aller Regel erreichen Sanktionen, eine Form der Erpressung, nie das Ziel. Im Gegenteil: Sie motivieren die Bevölkerung zur inneren Einigkeit, zum Zusammenhalt gegen Erpressungen. So blockierten Deutsche und Finnische Truppen zwischen September 1941 und Januar 1944 die Stadt Leningrad (St. Petersburg) mit dem Ziel, die Bevölkerung auszuhungern und zur Übergabe der Stadt zu zwingen. Der Erfolg blieb aus: Zwar sind 1,1 Millionen der Stadtbevölkerung umgekommen. Die meisten starben den Hungertod, viele erfroren. Aber der Erpressung haben sie keine Folge geleistet. Wirtschaftliche Engpässe sind sich die Russen gewohnt. Kriegsfolgen, sozialistische Misswirtschaft, Währungsreformen, Hyperinflation, Zusammenbruch des Bankensystems haben im Schnitt alle 10 Jahre zu einem kurzen Zusammenbruch geführt, von der sich die russische Wirtschaft aber immer wieder schnell erholt hat. An sich ist der Russe sehr genügsam, duldsam und leidensfähig. Ökonomische Engpässe nehmen ihm nicht den Lebensmut.

So ist es auch gegenwärtig:

- Putin hatte noch nie eine so hohe Zustimmungsrates im Volk wie jetzt
- Viele Russen freuen sich über die Importsubstitution. Während früher gegen Petrodollars ein Grossteil der Lebensmittel und Industriegüter in USA und Westeuropa eingekauft wurden, wird nun die Eigenproduktion in Landwirtschaft und Industrie angekurbelt.

Auch ist zu bemerken, dass der Sanktionen - Schuss in mehrerlei Beziehung nach hinten losgeht:

- Während westliche Lieferanten wegen der Lieferausfälle grosse Verluste hinnehmen und gar Mitarbeiter entlassen müssen, wird in Russland ein Boom in den zu substituierenden Wirtschaftszweigen erwartet.
- Deutsche Wirtschaftsverbände fordern von der Regierung Ausfall-Entscheidung für die Verluste im Russland Geschäft. Immerhin betrug das Exportvolumen nach Russland in den letzter Zeit etwa 30 Mrd. Euro pro Jahr.
- Wegen der Sanktionen hat Frankreich den von Russland bestellten Helikopterträger Mistral nicht ausgeliefert. Andere Länder wollen sich verständlicherweise nicht an vertragsbrüchige Partner binden. So hat z.B. Indien eine Option auf die Beschaffung von 126 französischen Rafale Kampfflugzeugen ausgesetzt und wird aller Voraussicht nach Russische Suchoi kaufen

Völkerrechtlich sind Sanktionen, die nicht von der UNO abgesegnet sind, höchst zweifelhaft. Insbesondere sind sie nicht mit den Regeln und Prinzipien der WTO vereinbar.

Die Sanktionen der Schweiz

Am 12. November 2014 hat der Bundesrat russische Parlamentarier, die in der Duma (Parlament der Russischen Föderation) für die Aufnahme der Krim als neues Föderationssubjekt stimmten (nachdem sich auf der Krim bei einer Volksabstimmung eine grosse Mehrheit für den Anschluss an Russland ausgesprochen hat) mit Sanktionen belegt.

Die Liste der russischen Parlamentarier, die offenbar nach Meinung des Bundesrates im russischen Parlament falsch abgestimmt haben und deshalb mit Sanktionen belegt wurden, ist in der amtlichen Gesetzessammlung nicht publiziert worden. Sie ist nur sehr schwer auf der Internetseite des SECO zu finden. Aber offenbar hat weder der Bundesrat noch das SECO die Liste verfasst. Obwohl sie sich als Vorschrift an Schweizer Rechtsunterworfene wendet, ist sie nicht in einer Landessprache veröffentlicht, sondern nur in Englisch.

Für einen Schweizerbürger ist das gelinde gesagt unverständlich:

Wie ist es mit dem Demokratie- und Legalitätsprinzip vereinbar, dass Vorschriften, die die Bürger in ihrer Vertragsfreiheit einschränken sollen, nicht in den Landessprachen veröffentlicht werden und nicht in die Systematische Gesetzessammlung aufgenommen werden?

Wie ist es mit dem Prinzip der Nichteinmischung in fremde Angelegenheiten, der Gesinnungs- und Redefreiheit und dem Prinzip der parlamentarischen Immunität vereinbar, dass Parlamentarier fremder Länder dafür bestraft werden, dass sie „falsch“ abgestimmt haben?

Noch unvorstellbarer ist es für Russen, dass die Schweiz nun damit beginnt, Parlamentarier fremder Länder mit Sanktionen für falsches Abstimmungsverhalten zu bestrafen.

Umso mehr, als sich diese Abstimmungskontrollen in fremden Parlamenten offensichtlich nicht auf alle Länder beziehen – sondern nur auf Russland.

Die Selbstdeklaration als neutrales Land (dem übrigens der russische Zar im Wiener Kongress zu diesem Status verholfen hat) wird damit hinfällig.

Ob ein solches Verhalten im wahren Interesse der Schweiz liege, darf wohl füglich bezweifelt werden.

Karl Eckstein, 25.2.2015